



NH ISERLOHN

NAUST HUNECKE und Partner mbB
Lange Straße 19 ▪ D-58636 Iserlohn
Telefon +49 (0) 23 71/ 77 46 0
Telefax +49 (0) 23 71/ 77 46 30
iserlohn@nhup.de
www.nhup.de

NH HAGEN

NAUST HUNECKE und Partner mbB
Elbersufer 1 ▪ D-58095 Hagen
Telefon +49 (0) 23 31/ 37 607 0
Telefax +49 (0) 23 31/ 37 607 77
hagen@nhup.de
www.nhup.de

NH ATTENDORN

NH Neu Heimeroth und Partner mbB
Röntgenstraße 33 ▪ D-57439 Attendorn
Telefon +49 (0) 27 22 / 95 52 0
Telefax +49 (0) 27 22 / 95 52 55
info@nh-attendorn.de
www.nh-attendorn.de

Mandanteninformation 5/2016

Inhaltsverzeichnis:

1. Allgemeines / Termine / Zivilrecht	3
Verbot der Partnerschaftsgesellschaft von Rechtsanwälten mit Ärzten und Apothekern ist verfassungswidrig	3
Ausschluss juristischer Personen vom Amt des Insolvenzverwalters ist verfassungsgemäß	4
2. Arbeitsrecht	4
Anrechnung von Sonderzahlungen auf den gesetzlichen Mindestlohn	4
Kündigung wegen privater Internetnutzung	5
Praktikum verkürzt nicht die Probezeit eines nachfolgenden Berufsausbildungsverhältnisses	5
3. Einkommensteuer	5
Aufwendungen für ein Notrufsystem in einer Seniorenresidenz sind haushaltsnahe Dienstleistungen	5
Beteiligungsverlust als Werbungskosten des Arbeitnehmers absetzbar	6
Erleichterter Verlustabzug bei Ferienhäusern	6
Geänderte Rechtsauffassung zur gewinnneutralen Realteilung	7
Geplante Sonderabschreibung für den Neubau von Mietwohnungen in Ballungsgebieten	7
Gutschrift eines übertragenen Wirtschaftsguts auf Kapitalkonto II ist keine Gewährung von Gesellschaftsrechten	7
Ist die Zinsschranke verfassungsgemäß?	8
Kein Betriebsausgabenabzug für Studienkosten der eigenen Kinder.....	9
Kosten der Ehescheidung sind weiterhin steuerlich absetzbar.....	9
Schulverpflegung keine haushaltsnahe Dienstleistung.....	9
Steuerlich missglückte Umstrukturierung einer Betriebsaufspaltung.....	9
Steuerliche Berücksichtigung volljähriger Kinder ab 2012.....	10
Steuerneutrale Realteilung trotz vorgeschalteter Anteilseinbringung in eine andere Personengesellschaft.....	10
Update der BMF-Arbeitshilfe zur Kaufpreisaufteilung für ein bebautes Grundstück.....	11
Zur steuerlichen Berücksichtigung von Strafverteidigungskosten.....	11
Zweifel am Vorliegen der Voraussetzungen für eine doppelte Haushaltsführung gehen zu Lasten des Antragstellers.....	11

NH ISERLOHN

NAUST HUNECKE und Partner mbB
 Lange Straße 19 ▪ D-58636 Iserlohn
 Telefon +49 (0) 23 71/ 77 46 0
 Telefax +49 (0) 23 71/ 77 46 30
 iserlohn@nhup.de
 www.nhup.de

NH HAGEN

NAUST HUNECKE und Partner mbB
 Elbersufer 1 ▪ D-58095 Hagen
 Telefon +49 (0) 23 31/ 37 607 0
 Telefax +49 (0) 23 31/ 37 607 77
 hagen@nhup.de
 www.nhup.de

NH ATTENDORN

NH Neu Heimeroth und Partner mbB
 Röntgenstraße 33 ▪ D-57439 Attendorn
 Telefon +49 (0) 27 22 / 95 52 0
 Telefax +49 (0) 27 22 / 95 52 55
 info@nh-attendorn.de
 www.nh-attendorn.de

4. Erbschaft- / Schenkungsteuer / Bewertungsrecht	12
Ausbaufähiges Dachgeschoss bei Bewertung im Sachwertverfahren zu berücksichtigen	12
Berücksichtigung von Steuerschulden des Erblassers als Nachlassverbindlichkeiten	12
Kürzung des Ehegattenfreibetrags für beschränkt Erbschaftsteuerpflichtige unionsrechtswidrig	12
Schenkungssteuer: Vom Nießbraucher übernommene Tilgungs- und Zinsleistungen mindern den Wert des Nießbrauchs	13
5. Gewerbesteuer	13
6. Grunderwerbsteuer	14
Keine Grunderwerbsteuerbefreiung für Anteilsvereinigung durch Erwerb von Gesellschaftsanteilen im Rahmen einer Erbauseinandersetzung	14
7. Körperschaftsteuer / Kapitalgesellschaften	14
Untergang von Verlustvorträgen bei vorweggenommener Erbfolge	14
8. Personalwirtschaft / Lohnsteuer	14
9. Umsatzsteuer / Zollrecht	14
Personengesellschaft kann umsatzsteuerlich Organgesellschaft sein	14
Nicht umsatzsteuerbare Geschäftsveräußerung im Ganzen bei Grundstücksübertragung	15
Rechtmäßigkeit von Umsatzsteuerbescheiden in Bauträgerfällen ernstlich zweifelhaft	15
Umsatzsteuerliche Billigkeitsregelungen für Leistungen im Rahmen der Flüchtlingshilfe durch gemeinnützigen Zwecken dienende Körperschaften	16
Vorsteuerabzug für Unternehmensgründer begrenzt	16
Änderungen im Zollrecht	16
10. Verfahrensrecht / AO / FGO	18
11. Umwandlungssteuerrecht	18

1. Allgemeines / Termine / Zivilrecht

Bitte beachten Sie die folgenden Termine, zu denen die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge fällig werden:

Steuerart	Fälligkeit	Ende der Schonfrist bei Zahlung durch	
		Überweisung ¹	Scheck ²
Lohnsteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag ³	10.05.2016	13.05.2016	06.05.2016
Kapitalertragsteuer, Solidaritätszuschlag	Ab dem 01.01.2005 sind die Kapitalertragsteuer sowie der darauf entfallende Solidaritätszuschlag zeitgleich mit einer erfolgten Gewinnausschüttung an den Anteilseigner an das zuständige Finanzamt abzuführen.		
Umsatzsteuer ⁴	10.05.2016	13.05.2016	06.05.2016
Gewerbsteuer	17.05.2016	20.05.2016	13.05.2016
Grundsteuer	17.05.2016	20.05.2016	13.05.2016
Sozialversicherung ⁵	27.05.2016	entfällt	entfällt

¹ Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen müssen grundsätzlich bis zum 10. des dem Anmeldezeitraum folgenden Monats (auf elektronischem Weg) abgegeben werden. Fällt der 10. auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, ist der nächste Werktag der Stichtag. Bei einer Säumnis der Zahlung bis zu drei Tagen werden keine Säumniszuschläge erhoben. Eine Überweisung muss so frühzeitig erfolgen, dass die Wertstellung auf dem Konto des Finanzamts am Tag der Fälligkeit erfolgt.

² Bei Zahlung durch Scheck ist zu beachten, dass die Zahlung erst drei Tage nach Eingang des Schecks beim Finanzamt als erfolgt gilt. Es sollte stattdessen eine Einzugsermächtigung erteilt werden.

³ Für den abgelaufenen Monat.

⁴ Für den abgelaufenen Monat, bei Dauerfristverlängerung für den vorletzten Monat, bei Vierteljahreszahlern mit Dauerfristverlängerung für das vorangegangene Kalendervierteljahr.

⁵ Die Fälligkeitsregelungen der Sozialversicherungsbeiträge sind einheitlich auf den drittletzten Bankarbeitstag des laufenden Monats vorgezogen worden. Um Säumniszuschläge zu vermeiden, empfiehlt sich das Lastschriftverfahren. Bei allen Krankenkassen gilt ein einheitlicher Abgabetermin für die Beitragsnachweise. Diese müssen dann bis spätestens zwei Arbeitstage vor Fälligkeit (d. h. am 25.05.2016) an die jeweilige Einzugsstelle übermittelt werden. Regionale Besonderheiten bzgl. der Fälligkeiten sind ggf. zu beachten. Wird die Lohnbuchführung durch extern Beauftragte erledigt, sollten die Lohn- und Gehaltsdaten etwa 10 Tage vor dem Fälligkeitstermin an den Beauftragten übermittelt werden. Dies gilt insbesondere, wenn die Fälligkeit auf einen Montag oder auf einen Tag nach Feiertagen fällt.

Verbot der Partnerschaftsgesellschaft von Rechtsanwälten mit Ärzten und Apothekern ist verfassungswidrig

Rechtsanwälte dürfen zukünftig in gesellschaftsrechtlich verfestigten Formen, z. B. in Partnerschaftsgesellschaften oder Sozietäten, mit Ärzten und Apothekern zusammenarbeiten. Das Bundesverfassungsgericht erklärte eine Vorschrift im anwaltlichen Berufsrecht für teilweise verfassungswidrig, nach der ihnen lediglich eine solche Zusammenarbeit mit etwa Patentanwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern gestattet war. Das Gericht sah hierin einen Verstoß gegen die Berufsfreiheit der Rechtsanwälte und betonte, Ärzte und Apotheker verfügten, wie die im Gesetz genannten Berufe, über gesetzlich geregelte Verschwiegenheitspflichten und Zeugnisverweigerungsrechte, durch welche die Vertraulichkeit der Mandantenangelegenheiten gewahrt werde. Soweit die sie betreffenden Vorschriften diesbezüglich mitunter etwas weniger streng seien, als die der Rechtsanwälte, habe

dies kein so starkes Gewicht, dass eine Zusammenarbeit mit Rechtsanwälten hieran scheitern dürfe. Rechtsanwälte müssten die Möglichkeit haben, sich mit ihnen zusammenzuschließen. Die zunehmende Komplexität moderner Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse habe zur Folge, dass Rechtsfragen oft nicht ohne professionellen Sachverstand aus anderen Berufen ausreichend beantwortet werden können und die Nachfrage nach kombinierten interprofessionellen Dienstleistungen wachse. Für eine qualifizierte Beratung und Vertretung der Rechtssuchenden, aber auch für den wirtschaftlichen Erfolg einer Anwaltskanzlei könne es daher entscheidend sein, anwaltliche Hilfe in spezialisierten Bereichen anzubieten und sich mit Angehörigen hierfür geeigneter Berufe zur gemeinsamen Berufsausübung zusammenzuschließen.

Ausschluss juristischer Personen vom Amt des Insolvenzverwalters ist verfassungsgemäß

Die Regelung, dass juristische Personen von der Bestellung zum Insolvenzverwalter ausgeschlossen sind, ist mit dem Grundgesetz vereinbar. Das hat das Bundesverfassungsgericht entschieden und damit die Verfassungsbeschwerde einer Rechtsanwalt-GmbH, die aufgrund ihrer Eigenschaft als juristische Person nicht in die Vorauswahlliste eines Insolvenzgerichts aufgenommen wurde, zurückgewiesen. Nach Auffassung des Gerichts ist der damit verbundene Eingriff in die grundgesetzlich geschützte Berufsfreiheit verfassungsrechtlich gerechtfertigt. Mit der geordneten Durchführung des Insolvenzverfahrens, das neben der Durchsetzung privater Interessen auch die vom Staat geschuldete Justizgewähr verwirklicht, schütze der Gesetzgeber ein Rechtsgut von hohem Rang. Er durfte aus den Besonderheiten der intensiven insolvenzgerichtlichen Aufsicht über den Insolvenzverwalter die Notwendigkeit ableiten, dass nur eine natürliche Person mit diesem Amt betraut werden soll. Zudem verfügten juristische Personen auch unter der geltenden Gesetzeslage zumindest faktisch über einen Marktzugang, der ihnen eine erfolgreiche Geschäftstätigkeit bei Unterstützung von Insolvenzverwaltern ermögliche.

2. Arbeitsrecht

Anrechnung von Sonderzahlungen auf den gesetzlichen Mindestlohn

Nach Auffassung des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg ist es zulässig, wenn der Arbeitgeber bestimmte Sonderzahlungen auf den gesetzlichen Mindestlohn anrechnet. Geklagt hatte eine Arbeitnehmerin, die einen arbeitsvertraglich vereinbarten Stundenlohn von weniger als 8,50 € brutto pro Stunde erhielt. In ihrem Arbeitsvertrag war allerdings eine Sonderzahlung zweimal jährlich in Höhe eines halben Monatslohns vereinbart, die nur davon abhängig war, dass sie in dem jeweiligen Jahr überhaupt beschäftigt war. Die Arbeitgeberin und der im Betrieb bestehende Betriebsrat hatten vereinbart, diese Sonderzahlungen auf alle zwölf Monate zu verteilen, d. h. jeden Monat ein Zwölftel der Sonderzahlung ausbezahlen. Rechnete man diese zusätzlichen anteiligen Sonderzahlungen dem vereinbarten Mindestlohn der Klägerin hinzu, ergab sich ein Stundenlohn von mehr als 8,50 € brutto pro Stunde. Daneben zahlte die Arbeitgeberin auf arbeitsvertraglicher Grundlage Überstunden-, Sonn- und Feiertags- sowie Nachtzuschläge, die sie auf der Grundlage des vereinbarten Stundenlohns von weniger als 8,50 € berechnete. Die Klägerin machte geltend, die Sonderzahlungen stünden ihr zusätzlich zu einem Stundenlohn von 8,50 € brutto zu. Dieser gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn sei auch der Berechnung der Zuschläge zugrunde zu legen. Das Gericht erkannte einen Anspruch der Klägerin nur in Bezug auf die Nachtarbeitszuschläge an.

Im Falle der Klägerin stellten die Sonderzahlungen nach Ansicht des Gerichts Arbeitsentgelt für ihre normale Arbeitsleistung dar. Eine Anrechnung auf den gesetzlichen Mindestlohn sei deshalb möglich. Die Betriebsvereinbarung, wonach die Sonderleistungen als monatliche Teilleistungen gezahlt werden, sei nicht zu beanstanden. Die vertraglich geregelten Überstunden-, Sonn- und Feiertagzuschläge habe die Arbeitgeberin berechtigterweise auf der Basis der vereinbarten vertraglichen Vergütung berechnet. Nur die Nachtarbeitszuschläge müssten auf der Basis des gesetzlichen Mindestlohns berechnet werden, weil es eine gesetzliche Vorschrift gebe, die einen angemessenen Zuschlag auf das dem Arbeitnehmer zustehende Bruttoarbeitsentgelt vorschreibe. Das Bundesarbeitsgericht muss abschließend entscheiden.

Kündigung wegen privater Internetnutzung

Vom Arbeitgeber ohne Einwilligung des Arbeitnehmers ausgewertete Browserverlaufsdaten können im Kündigungsschutzprozess verwertet werden. Das Bundesdatenschutzgesetz erlaubt eine Speicherung und Auswertung des Browserverlaufs zur Missbrauchskontrolle ohne Einwilligung des Arbeitnehmers. Jedenfalls besteht kein Beweisverwertungsverbot, wenn der Arbeitgeber keine Möglichkeit hat, mit anderen Mitteln den Umfang der Internetnutzung nachzuweisen. Bei privater Internetnutzung von knapp 40 Stunden in einem Zeitraum von 30 Tagen durch den Arbeitnehmer kann der Arbeitgeber auch dann eine außerordentliche Kündigung aussprechen, wenn die private Internetnutzung arbeitsvertraglich in Ausnahmefällen während der Arbeitspausen gestattet ist. Die Revision gegen das Urteil wurde zugelassen. (Quelle: Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg)

Praktikum verkürzt nicht die Probezeit eines nachfolgenden Berufsausbildungsverhältnisses

Die Probezeit in einem Ausbildungsverhältnis soll Ausbildungsbetrieb und Auszubildendem die Gelegenheit geben, die wesentlichen Umstände im konkreten Ausbildungsberuf eingehend zu prüfen. Bei der Beurteilung des Auszubildenden steht seine Eignung als auch die Einordnung mit seinen Lernpflichten in das betriebliche Geschehen im Vordergrund. Da sich die Eignung für die konkrete Ausbildung nicht im Rahmen eines Praktikums feststellen lässt, kann dieses auch nicht auf die Probezeit eines nachfolgenden Berufsausbildungsverhältnisses angerechnet werden. Das gleiche gilt auch, wenn dem Ausbildungsverhältnis ein Arbeitsverhältnis vorausgeht. (Quelle: Urteil des Bundesarbeitsgerichts)

3. Einkommensteuer

Aufwendungen für ein Notrufsystem in einer Seniorenresidenz sind haushaltsnahe Dienstleistungen

Der Bundesfinanzhof hat entschieden, dass die Aufwendungen für ein Notrufsystem, das innerhalb einer Wohnung im „Betreuten Wohnen“ Hilfeleistung rund um die Uhr sicherstellt, als haushaltsnahe Dienstleistungen geltend gemacht werden können. Aufwendungen für solche haushaltsnahe Dienstleistungen können jährlich in Höhe von 20 % der Aufwendungen, maximal 4.000 €, steuermindernd geltend gemacht werden. Entsprechende Aufwendungen sind solche für die Inanspruchnahme von Pflege- und Betreuungsleistungen sowie Heim- oder Pflegekosten. Die Dienstleistungen müssen mit denen einer Hilfe im Haushalt vergleichbar sein, wie sie beispielsweise auch von im Haushalt lebenden Familienangehörigen geleistet werden könnten. Ein Rentner bewohnte eine

Drei-Zimmer-Wohnung im „Betreuten Wohnen“ in einer Seniorenresidenz. Neben dem Mietvertrag schloss er einen Seniorenbetreuungsvertrag ab. Dieser garantierte ihm 24 Stunden pro Tag ein Notrufsystem, einschließlich des für die Nachtwache und die Soforthilfe im Notfall erforderlichen Fachpersonals. Durch die Rufbereitschaft wird sichergestellt, dass ein Bewohner, der sich im räumlichen Bereich seines Haushalts aufhält, im Notfall Hilfe erhalten kann. Eine solche Rufbereitschaft leisten typischerweise in einer Haushaltsgemeinschaft zusammenlebende Familien- oder sonstige Haushaltsangehörige. Es handelt sich damit um haushaltsnahe Dienstleistungen. Diese Leistungen werden auch im Haushalt erbracht, da der Leistungserfolg in der Wohnung eintritt, unabhängig davon, dass sich die Notrufzentrale außerhalb des Haushalts befindet.

Beteiligungsverlust als Werbungskosten des Arbeitnehmers absetzbar

Werbungskosten sind alle Aufwendungen, die durch die Erzielung steuerpflichtiger Einnahmen veranlasst sind. Sie können schon anfallen, wenn mit dem Aufwand zusammenhängende Einnahmen noch nicht erzielt werden. Voraussetzung für die Berücksichtigung vorab entstandener Werbungskosten ist, dass ein ausreichend bestimmter wirtschaftlicher Zusammenhang zwischen den Aufwendungen und der Einkunftsart besteht, in deren Rahmen der Abzug begehrt wird. Solch ein Zusammenhang besteht, wenn sich anhand objektiver Umstände feststellen lässt, dass der Steuerpflichtige den Entschluss, Einkünfte aus einer bestimmten Einkunftsart zu erzielen, endgültig gefasst hat. Das Finanzgericht Köln hatte über folgenden Fall zu entscheiden: Ein angestellter Jurist zahlte 75.000 € für eine 10 %-Beteiligung an einer noch zu gründenden Aktiengesellschaft (AG). Im Gegenzug sollte er bei der AG eine gut dotierte Vorstandsposition erhalten. Es kam weder zu der Beteiligung an der AG, noch zu einer Anstellung als Vorstand. Da der Jurist den eingezahlten Betrag nicht mehr zurückerhalten konnte, machte er den Verlust in seiner Einkommensteuererklärung als Werbungskosten geltend. Das Finanzamt lehnte die Berücksichtigung ab. Anderer Ansicht war das Finanzgericht: Wer vergeblich versucht, sich durch eine Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft einen Vorstandsposten zu sichern, kann die entstandenen Kosten als vorweggenommene Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit abziehen. Abschließend entscheiden muss der Bundesfinanzhof.

Erleichterter Verlustabzug bei Ferienhäusern

Verluste aus der Vermietung eines Ferienhauses können selbst dann steuermindernd berücksichtigt werden, wenn kein Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten zu erwarten ist. Dies hat das Finanzgericht Köln auch für den Fall angenommen, dass der Eigentümer sich eine Eigennutzung zunächst vorbehält und erst später ausschließt. Ein Ehepaar hatte 1999 ein Ferienhaus erworben und hierfür einen Gästevermittlungsvertrag über zehn Jahre abgeschlossen. Zu der Zeit wollte das Ehepaar für maximal vier Wochen im Jahr das Ferienhaus selbst nutzen. Erst ein Jahr später verzichteten sie auf die Selbstnutzungsmöglichkeit. Im Übrigen entsprachen die tatsächlichen Vermietungstage den ortsüblichen Tagen. Das Finanzamt versagte den Verlustabzug, da innerhalb des 30-jährigen Prognosezeitraums nicht mit einem Gewinn zu rechnen sei. Dem folgte das Gericht nicht. Ein uneingeschränkter Verlustabzug ist auch ohne Überschussprognose möglich, wenn eine Eigennutzung ausgeschlossen ist und die tatsächlichen Vermietungstage die ortsübliche Vermietungszeit nicht erheblich unterschreiten. Denn in diesem Fall sei typisierend von einer Absicht des Steuerpflichtigen auszugehen, einen Einnahmeüberschuss zu erwirtschaften. Diese gelte auch, wenn eine ursprünglich vereinbarte Eigennutzung nachträglich aufgehoben wird.

Geänderte Rechtsauffassung zur gewinnneutralen Realteilung

Nach bisheriger Rechts- und Verwaltungsauffassung setzte eine gewinnneutrale Realteilung die Aufgabe des Betriebs der bisherigen Mitunternehmerschaft voraus. Dies hatte eine Aufteilung des Gesellschaftsvermögens unter den Mitunternehmern zur Folge. Mindestens einer von ihnen musste seine ihm bei der Aufteilung zugewiesenen Wirtschaftsgüter in ein anderes Betriebsvermögen überführen. An dieser Auffassung hält der Bundesfinanzhof nicht mehr fest. Nach der neuen Rechtsprechung liegt eine gewinnneutrale Realteilung auch dann vor, wenn ein Mitunternehmer unter Übernahme eines Teilbetriebs aus einer Mitunternehmerschaft ausscheidet und sie unter den verbliebenen Mitunternehmern fortgeführt wird. Ein steuerpflichtiger Veräußerungstatbestand liegt allerdings dann vor, wenn dem Ausscheidenden neben der Übertragung des Teilbetriebs eine Rente zugesagt wird, die sich nicht als betriebliche Versorgungsrente darstellt. Der Veräußerungsgewinn errechnet sich aus dem Kapitalwert der Rente zuzüglich dem Buchwert des übernommenen Teilbetriebs abzüglich etwaiger Veräußerungskosten und dem Wert des Kapitalkontos.

Geplante Sonderabschreibung für den Neubau von Mietwohnungen in Ballungsgebieten

Mit der Einführung einer zeitlich befristeten Sonderabschreibung will die Bundesregierung die Schaffung neuer Mietwohnungen in ausgewiesenen Fördergebieten begünstigen. Gefördert wird die Anschaffung/Herstellung neuer Gebäude oder Eigentumswohnungen. Diese müssen mindestens zehn Jahre nach der Anschaffung/Herstellung zu Wohnzwecken entgeltlich überlassen werden. Bei Unterschreitung des Zehnjahreszeitraums wird die Sonderabschreibung rückwirkend versagt. Zusätzlich zur „regulären“ AfA können im Jahr der Anschaffung/Herstellung und im darauf folgenden Jahr jeweils bis zu 10 % sowie im dritten Jahr bis zu 9 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten steuermindernd geltend gemacht werden. Weitere Voraussetzungen sind zu beachten:

- Die Förderung ist beschränkt auf Neubauten, deren Baukosten max. 3.000 € je Quadratmeter Wohnfläche betragen, wovon max. 2.000 € je Quadratmeter Wohnfläche gefördert werden.
- Die Förderung ist zeitlich befristet. Die Stellung des Bauantrags bzw. die Bauanzeige müssen zwischen dem 1. Januar 2016 und dem 31. Dezember 2018 erfolgen. Letztmalig kann die Sonderabschreibung im Jahr 2022 in Anspruch genommen werden.
- Die neuen Wohnungen müssen in einem ausgewiesenen Fördergebiet liegen. Ein solches wird definiert in Anlehnung an die Mietenstufen des Wohngelds (Mietenstufen IV bis VI). Umfasst sind auch Gebiete mit Mietpreisbremse und abgesenkter Kappungsgrenze.

Nach Verabschiedung des Gesetzes durch Bundestag/Bundesrat können die Maßnahmen erst in Kraft treten, wenn aufgrund beihilferechtlicher Erwägungen die Genehmigung der Europäischen Kommission vorliegt

Gutschrift eines übertragenen Wirtschaftsguts auf Kapitalkonto II ist keine Gewährung von Gesellschaftsrechten

Ein für die Praxis wichtiges Urteil im Zusammenhang mit der Einbringung von Wirtschaftsgütern in eine Personengesellschaft hat der Bundesfinanzhof gefällt. Bringt beispielsweise ein Mitunternehmer ein Wirtschaftsgut aus einem Betriebsvermögen in eine Personengesellschaft ein, muss dies zum Buchwert geschehen, wenn ihm hierfür Gesellschaftsrechte gewährt werden. Dies ist regelmäßig günstig für den Einbringenden, weil er nicht die stillen Reserven des eingebrachten Wirtschaftsguts versteuern muss. Nach Auffassung des Bundesministeriums

der Finanzen (BMF) werden Gesellschaftsrechte sowohl durch die Buchung auf dem Kapitalkonto I als auch auf dem Kapitalkonto II gewährt. Das Kapitalkonto I ist dabei das feste Kapital, das die Beteiligungsquote des Gesellschafters ausdrückt. Das Kapitalkonto II wird als variables Konto geführt und gilt als Eigenkapitalkonto, wenn auf ihm auch Verluste des Gesellschafters verbucht werden und hat insbesondere steuerliche Bedeutung für Kommanditisten. Das Gericht hat der Auffassung des BMF aber widersprochen und entschieden, dass durch die Buchung auf dem Kapitalkonto II keine Gesellschaftsrechte gewährt werden. Im entschiedenen Fall hatte ein Kommanditist ein Kiesvorkommen in seine GmbH & Co. KG eingebracht. Der Wert wurde seinem Kapitalkonto II gutgeschrieben. Die Gesellschaft machte die Absetzungen für Substanzverringerung (AfS) auf das aktivierte Kiesvorkommen geltend. Dies ist aber nur möglich, wenn die Gesellschaft dem Kommanditisten für den Wert des Kiesvorkommens Gesellschaftsrechte gewährt oder ein Entgelt gezahlt hat. Weil nach Auffassung des Gerichts keine Gesellschaftsrechte gewährt worden waren, handelte es sich um eine unentgeltliche Übertragung, somit eine Einlage, auf die bei im Privatvermögen entdeckten Kiesvorkommen keine AfS möglich sind. **Hinweis:** Das Urteil steht in Widerspruch zur bisherigen Auffassung des BMF, so dass seine Reaktion abgewartet werden muss. Es wird erwartet, dass das Urteil von der Finanzverwaltung erst nach einer Übergangsfrist allgemein angewendet wird, so dass bisherige Einbringungsvorgänge davon nicht negativ betroffen sind.

Ist die Zinsschranke verfassungsgemäß?

Durch die sog. Zinsschranke können Zinsaufwendungen von Betrieben innerhalb eines Konzerns nur beschränkt als Betriebsausgaben abgezogen werden. Vereinfacht dargestellt wird dabei zunächst ermittelt, inwieweit die Zinsaufwendungen höher als die Zinserträge sind (sog. negativer Zinssaldo). Beträgt der negative Zinssaldo mind. 3 Mio. €, kann er nur bis zu 30 % des steuerlichen EBITDA als Betriebsausgabe abgezogen werden. Das steuerliche EBITDA ist der Gewinn zuzüglich negativem Zinssaldo, Abschreibungen und Steuern.

Beispiel:

steuerliches EBITDA	7.000.000 €
negativer Zinssaldo	4.600.000 €
Zinsschranke 30 % von EBITDA	-2.100.000 €
Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben	2.500.000 €

Im Beispielfall würden die nicht abzugsfähigen Betriebsausgaben bei einem unterstellten Steuersatz von 30 % zu einer zusätzlichen Steuerbelastung von 750.000 € führen. Auch wenn es Ausnahmen von der Zinsschranke gibt, kann sie zu Steuerbelastungen führen, die die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Unternehmens übersteigen; denn nach dem vom Grundgesetz abgeleiteten Leistungsfähigkeitsprinzip dürfen Steuern nur nach der individuellen finanziellen Leistungsfähigkeit bemessen sein, damit jeder Steuerpflichtige nur in diesem Umfang zur Einkommen- oder Körperschaftsteuer herangezogen wird. Die Frage, ob das Leistungsfähigkeitsprinzip durch die Zinsschranke verletzt ist, muss nach einem Beschluss des Bundesfinanzhofs jetzt vom Bundesverfassungsgericht entschieden werden.

Kein Betriebsausgabenabzug für Studienkosten der eigenen Kinder

Aufwendungen, die Eltern für die Ausbildung oder die berufliche Fortbildung ihrer Kinder tätigen, gehören in der Regel zu den nicht abzugsfähigen Lebenshaltungskosten und sind keine Betriebsausgaben. Nach einem Urteil des Finanzgerichts Münster gilt dies auch, wenn die Kinder neben dem Studium im väterlichen Unternehmen geringfügig beschäftigt sind und sich verpflichten, nach Abschluss des Studiums für drei Jahre im Unternehmen zu bleiben oder die Ausbildungskosten anteilig zurückzuzahlen. **Hinweis:** Als Betriebsausgaben kommen solche Ausbildungskosten ausnahmsweise nur dann in Betracht, wenn sie nachweisbar vollständig oder ganz überwiegend betrieblich veranlasst sind. An das Vorliegen und den Nachweis eines solchen Ausnahmefalls sind strenge Maßstäbe anzulegen. Das gilt auch in den Fällen, in denen die Ausbildung von Kindern zugleich eine spätere Unternehmensnachfolge vorbereiten soll. Denn auch ein solcher Vorgang ist prinzipiell der Privatsphäre zuzuordnen.

Kosten der Ehescheidung sind weiterhin steuerlich absetzbar

Das Finanzamt lehnte die Anerkennung der Scheidungskosten als außergewöhnliche Belastung ab und verwies auf die Neuregelung ab 2013 im Einkommensteuergesetz, wonach Prozesskosten in der Regel keine solchen Belastungen darstellen. Das Finanzgericht Köln befand hingegen, dass Rechtsanwalts- und Gerichtsgebühren in einem Scheidungsverfahren nicht unter den Begriff Prozesskosten fallen. Dies zeige sich aus der für Scheidungsverfahren geltenden Verfahrensordnung und aus der Grundlage der Neuregelung zum Abzugsverbot von Prozesskosten. Unter diesem Gesichtspunkt hat das Finanzgericht entschieden, die Scheidungskosten anzuerkennen. Die Revision zum Bundesfinanzhof ist zugelassen. Insoweit ist möglicherweise noch mit einer Anrufung des Bundesfinanzhofs zu rechnen.

Schulverpflegung keine haushaltsnahe Dienstleistung

Die Kosten für das Schulessen von Kindern sind nicht als haushaltsnahe Dienstleistungen abzugsfähig. Solche Verpflegungskosten von Kindern sind bereits durch den Kinderfreibetrag abgegolten. Außerdem handelt es sich bei der Verpflegung der Kinder in der Schule nicht um Leistungen, die in unmittelbarem räumlichen Zusammenhang mit einem Haushalt erbracht werden. Dies ist eine zwingende Voraussetzung für die steuerliche Berücksichtigung. (Quelle: Urteil des Sächsischen Finanzgerichts)

Steuerlich missglückte Umstrukturierung einer Betriebsaufspaltung

Die Einbringung eines Besitzeinzelunternehmens in eine Betriebs-GmbH ist nicht zu Buchwerten möglich, wenn ein Miteigentumsanteil an einem bebauten Grundstück notwendiges Betriebsvermögen und wesentliche Betriebsgrundlage des Besitzunternehmens gewesen ist und dieser Miteigentumsanteil nicht auf die Betriebs-GmbH übertragen wurde. Infolgedessen ist ein Aufgabegewinn zu versteuern. Ein Steuerpflichtiger betrieb als Einzelunternehmer ein Maschinenbauunternehmen. Dann gründete er die Betriebs-GmbH und vermietete die Maschinen sowie den Kundenstamm an die Betriebs-GmbH, deren (Mit-)Gesellschafter und Geschäftsführer er war. Zwischen dem Maschinenbauunternehmen und der Betriebs-GmbH bestand steuerlich eine Betriebsaufspaltung. Der Anteil des Klägers an der Betriebs-GmbH war Betriebsvermögen des Maschinenbauunternehmens. Zusammen mit seiner Ehefrau vermietete er ferner ein bebautes Grundstück an die Betriebs-GmbH und behandelte seinen Miteigentumsanteil am Grundstück als Privatvermögen. Er erklärte daher Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung. Später übertrug der Steuerpflichtige sein Maschinenbauunternehmen auf die Betriebs-GmbH gegen Ge-

währung von Gesellschaftsrechten. Seinen Miteigentumsanteil am bebauten Grundstück übertrug er nicht. Das Finanzamt meinte, der Miteigentumsanteil sei notwendiges Betriebsvermögen des Maschinenbauunternehmens. Das Finanzgericht Baden-Württemberg schloss sich der Auffassung des Finanzamts an. Weil der Miteigentumsanteil am Grundstück nicht übertragen wurde, wurden nicht alle wesentlichen Betriebsgrundlagen des Maschinenbauunternehmens auf die Betriebs-GmbH übertragen. Der Miteigentumsanteil des an die GmbH vermieteten Grundstücks war notwendiges Betriebsvermögen des Maschinenbauunternehmens. Denn der Miteigentumsanteil war dazu bestimmt, die Vermögens- und Ertragslage der GmbH zu verbessern und damit den Wert der Beteiligung an der GmbH zu erhalten oder zu erhöhen. Der Bundesfinanzhof muss nun abschließend entscheiden.

Steuerliche Berücksichtigung volljähriger Kinder ab 2012

Seit dem Jahr 2012 spielen die Einkünfte und Bezüge volljähriger Kinder für deren steuerliche Berücksichtigung keine Rolle mehr. Es besteht grundsätzlich Anspruch auf Kindergeld oder Kinderfreibetrag bis zum Abschluss einer erstmaligen Berufsausbildung oder eines Erststudiums des Kindes bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres. Kinder bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres werden unabhängig davon berücksichtigt, wenn sie als arbeitsuchend gemeldet sind und keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Bei volljährigen Kindern wird nach Abschluss einer erstmaligen Berufsausbildung oder nach Abschluss eines Erststudiums davon ausgegangen, dass das Kind in der Lage ist, sich selbst zu unterhalten. Darüber hinaus findet ein Kind nur in bestimmten sonstigen Fällen Berücksichtigung. (Quelle: Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen)

Steuerneutrale Realteilung trotz vorgeschalteter Anteilseinbringung in eine andere Personengesellschaft

A und B waren zu je 50 % Kommanditisten einer Kommanditgesellschaft (A und B-KG). Komplementärin war eine am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligte C-GmbH. Deren Anteile wurden ebenfalls je zur Hälfte von A und B gehalten. Zwecks Realteilung wurden von A und B zwei neue Kommanditgesellschaften gegründet, die A-KG und die B-KG. Beide Personen waren jeweils alleinige Kommanditisten dieser Gesellschaften, die wiederum zu jeweils 50 % an der A und B-KG beteiligt waren. Komplementärin für alle KGs blieb die C-GmbH. Wenige Tage nach den Neugründungen beschlossen A und B, ihre Anteile an der A und B-KG gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten in die A-KG bzw. B-KG einzubringen. Im Zuge der anschließenden Liquidation der A und B-KG wurden deren sämtliche Wirtschaftsgüter aufgrund eines vorher festgelegten Aufteilungsplans im Wege der Realteilung zu Buchwerten auf die A-KG bzw. die B-KG übertragen. Nach Auffassung des Finanzamts lagen die Voraussetzungen für eine Realteilung nicht vor. Das Gesamtvermögen der A und B-KG sei auf vorher nicht beteiligte Gesellschaften (A-KG und B-KG) übertragen worden. Dieser Beurteilung folgte der Bundesfinanzhof nicht. Zum Zeitpunkt der Realteilung waren nicht mehr A und B, sondern die A-KG und die B-KG als Mitunternehmer an der A und B-KG beteiligt. Die Wirtschaftsgüter ihres Gesamthandsvermögens wurden in das jeweilige Betriebsvermögen der einzelnen Mitunternehmer übertragen. Es ist unschädlich, wenn stille Reserven von einem Realteiler auf einen anderen Realteiler verlagert werden. Die Realteilung setzt lediglich eine Personenidentität, nicht aber eine Beteiligungsidentität der Realteiler an den stillen Reserven vor und nach der Realteilung voraus. Bei dieser Vorgehensweise bleibt die Besteuerung der in den übertragenen Wirtschaftsgütern enthaltenen stillen Reserven sichergestellt. Die zunächst erfolgte Einbringung der Beteiligungen an der A und B-KG in die A-KG und die B-KG als Zwischenschritt ist für die rechtliche Beurteilung unerheblich. Trotz einer einheitlichen Planung von Rechtsgeschäften, die in einem engen zeitlichen und sachlichen Zusammenhang stehen, verbietet es sich, sie für die steu-

erliche Beurteilung zu einem einheitlichen wirtschaftlichen Vorgang zusammenzufassen, um daraus einen Steuer-
tatbestand zu konstruieren. Außerdem liegt in dem Wunsch, die bisherige Tätigkeit zukünftig getrennt voneinan-
der fortzuführen, ein erheblicher zu beachtender Grund vor, der eine Steuerumgehung ausschließt.

Update der BMF-Arbeitshilfe zur Kaufpreisaufteilung für ein bebautes Grundstück

Anfang 2016 wurde ein aktualisiertes Tool vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) zur Kaufpreisaufteilung
veröffentlicht. Die Arbeitshilfe dient der Ermittlung der Abschreibungsbemessungsgrundlage bei bebauten Grund-
stücken. Die neue Version verfügt zusätzlich über ein Tabellenblatt zur Berechnung eines fiktiven Baujahrs unter
Berücksichtigung von Modernisierungen, was zu teilweisen Erleichterungen führt. Es handelt sich um ein „Ser-
viceangebot“ an die Steuerbürger. Da es sich hierbei nicht um eine Verwaltungsanweisung handelt, sind die Fi-
nanzbeamten daran nicht gebunden. Steuerpflichtige und ihre Berater können die Kaufpreisaufteilung abwei-
chend ermitteln und somit die Berechnungen des Tools widerlegen. Dafür bedarf es einer sachverständigen Be-
gründung. „Sachverständig begründet“ bedeutet jedoch nicht, dass zwingend ein Sachverständigengutachten
erforderlich wird. Für spezielle Immobilien kann sich das Tool unter Umständen als nicht geeignet erweisen. In
Einzelfällen kann die Beauftragung eines Immobiliensachverständigen oder die Anwendung bestimmter kommer-
ziell vertriebener Tools zur Kaufpreisaufteilung ratsam sein. Die Kaufpreisaufteilung spielt neben der Ermittlung
der ertragsteuerlichen Absetzung auch eine Rolle für erbschaft- und schenkungsteuerliche Zwecke. Nähere In-
formationen finden sich auch auf der Homepage des Deutschen Steuerberaterverbandes e.V.

Zur steuerlichen Berücksichtigung von Strafverteidigungskosten

In einem Strafverfahren festgesetzte Geldstrafen sind steuerlich nicht abziehbar. Daher sind auch Kosten der
Strafverteidigung nur ausnahmsweise als Betriebsausgaben oder Werbungskosten einkommensmindernd zu
berücksichtigen. Nämlich dann, wenn die Tat ausschließlich und unmittelbar aus der betrieblichen oder berufli-
chen Tätigkeit des Steuerpflichtigen heraus erklärbar ist. Das ist beim Fahren mit erheblich überhöhter Ge-
schwindigkeit an unübersichtlicher Stelle – auch im Zusammenhang mit einer Dienstreise – nicht der Fall. Die
durch eine Verurteilung wegen einer vorsätzlichen Tat entstandenen Kosten der Strafverteidigung sind durch die
verbotene Straftat verursacht, mithin also nicht aus rechtlichen Gründen zwangsläufig erwachsen. Damit scheidet
auch ein steuerlicher Abzug als außergewöhnliche Belastung aus. (Quelle: Urteil des Finanzgerichts Rheinland-
Pfalz)

Zweifel am Vorliegen der Voraussetzungen für eine doppelte Haushaltsführung gehen zu Lasten des Antragstellers

Die Anerkennung einer doppelten Haushaltsführung ist an zwei Voraussetzungen geknüpft. Sie setzt voraus,
dass einem Antragsteller beruflich veranlasste Mehraufwendungen dadurch entstehen, dass er am Ort seiner
ersten Tätigkeitsstätte wohnt und zusätzlich an einem anderen Ort seinen eigenen Hausstand unterhält. Dabei
handelt es sich um den Lebensmittelpunkt der Familie oder bei ledigen Personen um den Ort, an dem sich der
Antragsteller nur unterbrochen durch seine arbeits- oder urlaubsbedingte Abwesenheit aufhält. Die Umstände zur
Anerkennung von Aufwendungen für eine doppelte Haushaltsführung hat der Antragsteller durch objektive Tatsa-
chen nachzuweisen. Zweifel in der Beweisführung gehen nach einem Urteil des Finanzgerichts München zu sei-
nen Lasten.

4. Erbschaft- / Schenkungsteuer / Bewertungsrecht

Ausbaufähiges Dachgeschoss bei Bewertung im Sachwertverfahren zu berücksichtigen

Erbt ein Steuerpflichtiger ein Ein- oder Zweifamilienhaus oder wird es ihm geschenkt, ist dieses für Zwecke der Erbschaft- oder Schenkungsteuer im sog. Sachwertverfahren zu bewerten, wenn kein Vergleichswert vorliegt. Im Sachwertverfahren ist die Brutto-Grundfläche (**nicht** Wohnfläche) mit den jeweiligen Regelherstellungskosten zu multiplizieren. Zusätzlich ist der Bodenwert zu berücksichtigen. Zur Brutto-Grundfläche gehört auch die Grundfläche eines Dachgeschosses, wenn dieses über eine normale Treppe zugänglich und begehbar ist sowie aufrechtstehend betreten und begangen werden kann. Dass es sich bei dem Dachboden um eine Dachbalkenkonstruktion handelt, auf der nur Spanplatten verlegt sind, ändert nichts an der Begehbarkeit des Raums. Das Dachgeschoss wird bei Ermittlung der Brutto-Grundfläche nur dann nicht berücksichtigt, wenn es sich um einen Spitzboden oder eine nicht nutzbare Fläche handelt. Da gegen das Urteil des Finanzgerichts Münster Revision beim Bundesfinanzhof eingelegt wurde, bleibt dessen Entscheidung abzuwarten. (Quelle: Urteil des Finanzgerichts Münster)

Berücksichtigung von Steuerschulden des Erblassers als Nachlassverbindlichkeiten

Die Berücksichtigung von Steuerschulden des Erblassers als Nachlassverbindlichkeiten setzt nicht nur voraus, dass sie im Zeitpunkt seines Todes bereits entstanden waren. Hinzukommen muss, dass sie zu seinem Todeszeitpunkt bereits eine wirtschaftliche Belastung darstellten. Es kommt nicht darauf an, ob die entstandene Steuer später tatsächlich und in welcher Höhe beim Erben festgesetzt wird. Für die Wertermittlung ist der Zeitpunkt der Entstehung der Steuer maßgebend. Unterrichtet erst der Erbe das zuständige Finanzamt über Steuerhinterziehungen des Verstorbenen, können die danach festgesetzten Beträge nicht als Nachlassverbindlichkeiten berücksichtigt werden. Nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs handelt es sich um ein nach dem Bewertungsstichtag (Tod des Erblassers) eingetretenes Ereignis, das nach dem stichtagsbezogenen Bereicherungsprinzip keine Berücksichtigung finden kann. Das trifft insbesondere auf dem Finanzamt gegenüber verschwiegene Einkünfte zu. Es ergab sich dann für das Finanzamt nicht einmal die theoretische Möglichkeit, die auf diesem Sachverhalt beruhenden Steueransprüche in Erfahrung zu bringen. Dass der die Steuerhinterziehung aufdeckende Erbe die Finanzbehörde pflichtgemäß informiert, wirkt nicht auf den Zeitpunkt der Bereicherung (Todeszeitpunkt des Erblassers) zurück. Eine berücksichtigungsfähige Ausnahme ergibt sich lediglich dann, wenn dem Finanzamt aufgrund der zeitnahen Information durch den Erben noch eine Rückbeziehung auf den Zeitpunkt der Entstehung der Steuer möglich ist.

Kürzung des Ehegattenfreibetrags für beschränkt Erbschaftsteuerpflichtige unionsrechtswidrig

Die Kürzung des Ehegattenfreibetrags für beschränkt Erbschaftsteuerpflichtige ist nach einem Urteil des Finanzgerichts Düsseldorf unionsrechtswidrig, weil es sich um eine unzulässige Beschränkung des freien Kapitalverkehrs handelt. In Fällen der beschränkten Erbschaftsteuerpflicht wird der Freibetrag um den Anteil des nicht von der beschränkten Steuerpflicht erfassten Auslandsvermögens am Gesamtnachlass gekürzt. Ein schweizerischer Staatsangehöriger lebte mit seiner Ehefrau, die die deutsche und die schweizerische Staatsangehörigkeit besaß, in der Schweiz. Die Ehefrau verstarb im Juni 2012. Zu ihrem Nachlass, den der Ehemann allein erbe, gehörten

Miteigentumsanteile an vier Eigentumswohnungen in Deutschland. Das Finanzamt setzte die Erbschaftsteuer gegenüber dem Ehemann fest und berücksichtigte den Ehegattenfreibetrag nur noch in Höhe von 2.000 €, weil es diesen um den Teil kürzte, der auf das nicht beschränkt steuerpflichtige Auslandsvermögen entfiel. Ein Erwerb von Todes wegen unterliegt der Erbschaftsteuer. Sind weder Erblasser noch Erbe Inländer, sondern gebietsfremde Personen, dann bezieht sich die inländische Erbschaftsteuerpflicht in der Regel lediglich auf das Inlandsvermögen. Der Ehegattenfreibetrag darf nicht um den Anteil des nicht erfassten Auslandsvermögens am Gesamtnachlass gekürzt werden. Das führt nämlich zu einer Beschränkung der Grundfreiheiten, die nur zulässig wäre, wenn ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem steuerlichen Vorteil und dessen Ausgleich durch eine steuerliche Belastung besteht. Dieser Vorteil fehlt: Der steuerliche Vorteil, der sich im Staat des Vermögensanfalls daraus ergibt, dass ein ungekürzter Freibetrag abgezogen wird, sofern an dem Erwerb mindestens ein Steuerländer beteiligt ist, wird durch keine bestimmte steuerliche Belastung im Rahmen der Erbschaftsteuer ausgeglichen. Die Gleichbehandlung gebietsansässiger und gebietsfremder Steuerpflichtiger gebietet es, den vollen Freibetrag von 500.000 € zu gewähren, obwohl der in Deutschland besteuerte Teil des Nachlasses (anders als bei rein innerstaatlichen Sachverhalten unbeschränkt Steuerpflichtiger) nicht die gesamte Erbschaft darstellt. Der Bundesfinanzhof muss nun abschließend entscheiden.

Schenkungsteuer: Vom Nießbraucher übernommene Tilgungs- und Zinsleistungen mindern den Wert des Nießbrauchs

Nach dem Grundtatbestand der Schenkungsteuer gilt als Schenkung unter Lebenden jede freigebige Zuwendung, soweit der Bedachte (Beschenkte) durch sie auf Kosten des Zuwendenden (Schenkers) bereichert wird. Bereichert wird der Beschenkte nur insoweit, als der Wert der ihm zugewendeten Gegenstände den Wert einer zu übernehmenden Gegenleistung (z. B. Nießbrauchsbelastung) übersteigt. Das Finanzgericht Münster hatte folgenden Fall zu entscheiden: Eltern übertrugen auf ihren Sohn Grundbesitz. Als Gegenleistung behielten sie sich einen lebenslangen Nießbrauch an einem der Grundstücke vor, wobei sie aber weiterhin die Tilgungs- und Zinsleistungen bezüglich der auf diesem Grundstück lastenden Verbindlichkeiten übernahmen. Bei der Festsetzung der Schenkungsteuer zog das Finanzamt vom Wert des Grundstücks den Jahreswert des Nießbrauchs ab, minderte diesen Jahreswert jedoch um den Wert der von den Eltern übernommenen Tilgungs- und Zinsleistungen. Das Finanzgericht folgte dieser Auffassung und entschied, dass bei der Wertermittlung des Nießbrauchs die vom Nießbraucher übernommenen Verpflichtungen mindernd zu berücksichtigen sind. Der Bundesfinanzhof muss abschließend entscheiden.

5. Gewerbesteuer

Keine aktuellen Hinweise.

6. Grunderwerbsteuer

Keine Grunderwerbsteuerbefreiung für Anteilsvereinigung durch Erwerb von Gesellschaftsanteilen im Rahmen einer Erbauseinandersetzung

Einerseits unterliegt der Erwerb von mindestens 95 % der Anteile an einer Kapitalgesellschaft, zu deren Vermögen inländische Grundstücke gehören, der Grunderwerbsteuer. Das Gesetz behandelt den Fall so, als habe der Anteilserwerber das Grundstück von der Gesellschaft erworben. Andererseits ist der Erwerb eines Grundstücks, das zum Nachlass gehört, durch einen Miterben im Rahmen der Erbauseinandersetzung von der Grunderwerbsteuer befreit. Der Bundesfinanzhof lehnt es ab, die vorgenannte Befreiung auf den Fall auszudehnen, dass der Miterbe im Rahmen der Erbauseinandersetzung einen Anteil an einer Kapitalgesellschaft erhält und sich dadurch mindestens 95 % der Gesellschaftsanteile in seiner Hand vereinigen. Es gebe keinen Grund, in diesem Fall die im Gesetz nicht vorgesehene Befreiung zu gewähren.

7. Körperschaftsteuer / Kapitalgesellschaften

Untergang von Verlustvorträgen bei vorweggenommener Erbfolge

Körperschaftsteuerliche Verlustvorträge entfallen auch dann, wenn Anteile im Wege einer vorweggenommenen Erbfolge übergehen. Nach dem Wortlaut der gesetzlichen Vorschrift ist der Verlustabzug vollständig ausgeschlossen, wenn innerhalb von fünf Jahren mehr als 50 % des gezeichneten Kapitals auf einen Erwerber übergehen. Das gilt auch für eine Übertragung im Wege einer vorweggenommenen Erbfolge. Die Vorschrift ist so ausulegen, dass nur Erwerbe durch Erbfall oder Erbauseinandersetzungen begünstigt sind. Der Bundesfinanzhof muss abschließend entscheiden. (Quelle: Urteil des Finanzgerichts Münster)

8. Personalwirtschaft / Lohnsteuer

Keine aktuellen Hinweise.

9. Umsatzsteuer / Zollrecht

Personengesellschaft kann umsatzsteuerlich Organgesellschaft sein

Ist eine juristische Person (z. B. GmbH) finanziell, organisatorisch und wirtschaftlich in ein anderes Unternehmen eingegliedert, ist sie selber nicht Unternehmerin (sog. Organgesellschaft); ihre Umsätze werden dem Unternehmen, in das sie eingegliedert ist (sog. Organträger), zugerechnet. Umsätze zwischen Organträger und Organgesellschaft unterliegen als sog. Innenumsätze nicht der Umsatzsteuer. Der Bundesfinanzhof erweitert aufgrund unionsrechtlicher Vorgaben den Kreis möglicher Organgesellschaften in bestimmten Fällen auf Personengesellschaften. Wann eine Personengesellschaft Organgesellschaft sein kann, ist zwar noch nicht endgültig geklärt. Sie ist aber jedenfalls dann finanziell in ein anderes Unternehmen eingegliedert mit der möglichen Folge einer umsatzsteuerlichen Organgesellschaft, wenn an der Personengesellschaft neben dem Organträger nur Personen beteiligt

sind, die ebenfalls in das Unternehmen des Organträgers finanziell eingegliedert sind. Die Änderung der Rechtsprechung hat erhebliche Auswirkungen insbesondere auf die sog. typische Ein-Personen-GmbH & Co. KG. **Beispiel:** A ist alleiniger Kommanditist der A-GmbH & Co. KG. Außerdem ist er alleiniger Gesellschafter und Geschäftsführer der Komplementär-GmbH, die nicht am Vermögen der KG beteiligt ist. A vermietet an die KG das Grundstück, auf dem diese ihren Betrieb unterhält. A ist als Vermieter Unternehmer. Die KG ist in das Vermietungsunternehmen des A finanziell eingegliedert, da dieser zu 100 % an der KG und der A-GmbH beteiligt ist. Die KG ist organisatorisch eingegliedert, da A sowohl im Vermietungsunternehmen als auch als Geschäftsführer der Komplementär-GmbH in der KG das tägliche Geschäft beherrscht. Die wirtschaftliche Eingliederung ergibt sich daraus, dass A der KG das Grundstück überlässt. A hat als Organträger die Umsätze der KG als Organgesellschaft zu versteuern, ihm steht allerdings auch die Vorsteuer der KG zu. Es bleibt abzuwarten, wie die Finanzverwaltung auf die Rechtsprechungsänderung reagiert, insbesondere in welchem Umfang sie Übergangsregelungen schafft.

Nicht umsatzsteuerbare Geschäftsveräußerung im Ganzen bei Grundstücksübertragung

Umsätze im Rahmen einer Geschäftsveräußerung im Ganzen an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen unterliegen nicht der Umsatzsteuer. Dies gilt auch, wenn ein in der Gliederung eines Unternehmens gesondert geführter Betrieb im Ganzen übereignet wird. Hierzu gehören auch Grundstücke mit Gebäuden, die an einen Erwerber übertragen werden, der mit dem Eintritt in die bestehenden Mietverhältnisse ein Vermietungsunternehmen übernimmt und es auch fortführen will. Ist aber der bisherige Eigentümer nicht nachhaltig, also über einen längeren Zeitraum, als Vermieter tätig gewesen, übernimmt der Erwerber kein Vermietungsunternehmen, so dass es sich nicht um eine Geschäftsveräußerung im Ganzen handelt. Dass die Frage, ob ein nachhaltig tätiges Vermietungsunternehmen vorliegt, mitunter schwer zu beantworten ist, ergibt sich aus einem vom Bundesfinanzhof entschiedenen Fall. Hier hatte der Grundstücksverkäufer zwar über 17 Monate Vermietungsumsätze gehabt, aber bereits wenige Monate nach Beginn der Vermietung versucht, das Grundstück zu veräußern. Während das Finanzamt meinte, der Verkäufer habe wegen der frühzeitigen Verkaufsabsicht kein nachhaltiges Vermietungsunternehmen betrieben, sah das Gericht das anders. Ihm reichte die tatsächliche Vermietung über 17 Monate als nachhaltige Tätigkeit und wertete die Grundstücksveräußerung als nicht steuerbaren Umsatz.

Rechtmäßigkeit von Umsatzsteuerbescheiden in Bauträgerfällen ernstlich zweifelhaft

Grundsätzlich ist der leistende Unternehmer Schuldner der Umsatzsteuer. Erbringt der Unternehmer Bauleistungen an andere Unternehmer, verlagert sich in bestimmten Fällen die Schuldnerschaft auf den Leistungsempfänger (Umkehrung der Steuerschuldnerschaft, sog. Reverse-Charge-Verfahren). Nachdem der Bundesfinanzhof entgegen der Auffassung der Finanzverwaltung die Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens in den sog. Bauträgerfällen (ein Bauträger lässt ein eigenes Grundstück bebauen, das er anschließend veräußert) abgelehnt hat, verlangen einerseits die Bauträger die Umsatzsteuer von den Finanzämtern zurück; andererseits sind die Umsatzsteuerbescheide der leistenden Unternehmer in aller Regel bereits bestandskräftig. Der Gesetzgeber hat deshalb eine Regelung geschaffen, wonach in diesen Fällen auch bestandskräftige Umsatzsteuerbescheide zulasten der Unternehmer geändert werden können. Der Bundesfinanzhof hat ernstliche Zweifel, ob aufgrund der Gesetzesänderung geänderte Umsatzsteuerbescheide rechtmäßig sind. Die Zweifel ergeben sich insbesondere daraus, dass der Änderung der aus dem Rechtsstaatsprinzip abgeleitete Vertrauensschutz entgegenstehen könn-

te. Auf Antrag sind deshalb entsprechende Nachzahlungen von der Vollziehung auszusetzen. Über die „endgültige“ Rechtmäßigkeit der Bescheide kann nur und muss im Hauptsacheverfahren entschieden werden.

Umsatzsteuerliche Billigkeitsregelungen für Leistungen im Rahmen der Flüchtlingshilfe durch gemeinnützigen Zwecken dienende Körperschaften

Für Leistungen im Rahmen der Flüchtlingshilfe sind in einem bundeseinheitlich anzuwendenden Erlass Billigkeitsregelungen für Einrichtungen getroffen worden, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen. Vergütungen aus öffentlichen Kassen für die vorübergehende Unterbringung, Betreuung, Versorgung oder Verpflegung von Bürgerkriegsflüchtlingen oder Asylbewerbern können dem Zweckbetrieb zugeordnet werden. Die umsatzsteuerlichen Vorschriften für vergleichbare Leistungen an andere Leistungsempfänger (z. B. Obdachlose) können analog angewendet werden, auch wenn Flüchtlinge nicht ausdrücklich zum nach der Satzung begünstigten Personenkreis gehören. Zu den begünstigten Leistungen gehört grundsätzlich auch die Personalgestellungsleistung zwischen begünstigten Einrichtungen zum Zwecke der Flüchtlingshilfe. Kostenerstattungen durch Gebietskörperschaften für den Erwerb von Einrichtungsgegenständen und sonstigen Leistungen (z. B. Wohnungsrenovierungen) können umsatzsteuerfrei sein oder unter bestimmten Voraussetzungen dem ermäßigten Steuersatz unterliegen. Ein Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen ergänzt die Regelungen aus einem früheren koordinierten Ländererlass.

Vorsteuerabzug für Unternehmensgründer begrenzt

Der Gesellschafter einer noch nicht gegründeten GmbH ist hinsichtlich einer beabsichtigten Unternehmenstätigkeit der GmbH nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt. Der Bundesfinanzhof hat wegen der rechtlichen Eigenständigkeit der GmbH den Vorsteuerabzug abgelehnt. Der Kläger war Arbeitnehmer, der über eine noch zu gründende GmbH eine unternehmerische Tätigkeit aufnehmen wollte. Der Kläger ließ sich durch eine Unternehmensberatung und einen Rechtsanwalt beraten. Die GmbH-Gründung blieb aber aus. Zwar hätte selbst für den Fall einer erfolglosen Unternehmensgründung eine Berechtigung zum Vorsteuerabzug vorgelegen, wenn er die Absicht gehabt hätte, ein Unternehmen zu erwerben, um es als Einzelunternehmer zu betreiben. Ein Vorsteuerabzug wäre auch möglich, wenn ein Gesellschafter Vermögensgegenstände erwirbt, um diese auf die GmbH zu übertragen. Es läge ein Investitionsumsatz vor, wenn der Gesellschafter z. B. ein Grundstück erwirbt, um es dann in die GmbH einzulegen. Die bezogenen Beratungsleistungen des Klägers waren aber nicht übertragungsfähig. Somit kam ein Vorsteuerabzug nicht in Betracht.

Änderungen im Zollrecht

Das Jahr 2016 bringt für alle im Ein- und Ausfuhrgeschäft tätigen Unternehmen grundlegende rechtliche Neuerungen. Die Unternehmen sollten prüfen, ob die Zollabwicklungen an die rechtlichen Neuerungen anzupassen sind. Aus diesem Grund berichten wir Ihnen nachfolgend über die wesentlichen Änderungen im Zollrecht.

I. Einführung des Unionszollkodex zum 1. Mai 2016

Ab dem 1. Mai 2016 wird der Unionszollkodex (Verordnung (EU) Nr. 952/2013 „UZK“) gemeinsam mit der Delegierten Verordnung ((EU) 2015/2446) und der Durchführungsverordnung ((EU) 2015/2447) sowie dem Übergangsrechtsakt (Verordnung (EU) 2016/314) die Grundlage des Zollrechts der Europäischen Union bilden und damit den Zollkodex und die Zollkodex-Durchführungsverordnung ablösen. Der Unionszollkodex führt zu umfassenden Änderungen der gesetzlichen Grundlage des europäischen Zollrechts. Nachfolgend geben wir Ihnen

einen kurzen Überblick der wesentlichen Neuerungen des Unionszollkodex (UZK). Der Überblick ist nicht als abschließend zu verstehen:

- Mit der Einführung des UZK werden die Zollverfahren neu strukturiert und die Bestimmungen für die Zollverfahren vereinheitlicht. Der UZK unterscheidet nur noch in drei Zollverfahren: „Überlassung zum zollrechtlich freien Verkehr“, „besondere Verfahren“ und „Ausfuhr“. U.a. werden die Freizone Typ II und die Freilager durch Zolllager ersetzt und die aktive Veredelung in Form des bisherigen Rückerstattungsverfahrens im besonderen Verfahren integriert.
- Ferner werden mit dem UZK die Regelungen zu den Bewilligungen angepasst. Bereits wirksam erteilte Bewilligungen und Entscheidungen bleiben grundsätzlich zunächst gültig, werden aber durch die Zollbehörde auf die Erfüllung der neuen Anforderungen hin neu bewertet. Eine Neubewertung erfolgt bis spätestens zum 1. Mai 2019.
- Die geänderten Regelungen zur vorübergehenden Verwahrung beinhalten eine verlängerte Verwahrungsfrist von 90 Tagen sowie die Einführung von bewilligungsbedürftigen Verwahrungslagern und Sicherheitsleistungen.
- Der Status des Zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (AEO) wird zukünftig über ein Bewilligungsverfahren statt bisher mit einem Zertifikat erteilt. Das Bewilligungsverfahren sieht zusätzliche Bewilligungskriterien vor (u.a. keine schwerwiegenden oder wiederholten Verstöße gegen die zoll- und steuerrechtlichen Vorschriften). Die im Rahmen der Bewilligung zum AEO erfüllten Kriterien werden auch bei der Bewilligung von anderen Vereinfachungen (u.a. bei der Bewilligung einer Gesamtsicherheit) anerkannt. Für den AEO werden weitere Vereinfachungen wie beispielsweise bei der Zollwertermittlung, bei der vereinfachten Zollanmeldung, im Anschreibeverfahren und im Versandverfahren geschaffen. Bestimmte Begünstigungen werden nur für AEOs eingeführt (Zollvertretung in anderen Mitgliedstaaten, leichtere Erfüllung für sonstige Vereinfachungen).
- Der Status des Zugelassenen Ausführers entfällt. Alternativ kann eine Bewilligung für die vereinfachte Zollanmeldung beantragt werden.
- In dem UZK werden die Regelungen zur Entstehung und zum Erlöschen von Zollschulden neu gefasst. Der Kreis der Zollschuldner wird erweitert auf den Anmelder und seinen indirekten Stellvertreter sowie auf den Erwerber bzw. Besitzer der Waren. Die Regelungen zu den Verzugszinsen werden verschärft, aber es werden auch mehr Heilungsmöglichkeiten bei der Entstehung von Zollschulden aufgrund fahrlässigen Verhaltens eingeräumt.
- Mit dem UZK werden bei den Sicherheitsleistungen für Zollschulden die Möglichkeit, Gesamtsicherheiten für mehrere Zollverfahren, die vorübergehende Verwahrung und den Zahlungsaufschub zu leisten, ausgeweitet sowie die Möglichkeit zur Reduzierung der Höhe der Sicherheitsleistungen eingeführt.
- Bei der Ermittlung des Zollwertes hat nach dem UZK der Transaktionswert Vorrang vor sonstigen Berechnungsmethoden. Das Wahlrecht, bei der Ermittlung des Transaktionswertes auf einen Vorerwerberpreis abzustellen, fällt weg (Übergangsregelung bis zum 31. Dezember 2017 für vor dem 18. Januar 2016 abgeschlossene Verträge). Die Sonderregelungen für Lizenzgebühren fallen ebenfalls weg. Lizenzgebühren sind dann bei der Ermittlung des Transaktionswertes mit einzubeziehen. Die Berücksichtigung von Preisanpassungen (Boni, Rabatte) ist unter bestimmten Voraussetzungen zukünftig bei der Ermittlung des Transaktionswertes möglich.
- Die Gültigkeit der verbindlichen Zolltarifaukünfte (vZTA) wird von sechs Jahren auf drei Jahre verkürzt. Vor Erteilung einer vZTA gleicht die Zollbehörde die Daten mit der vZTA-Datenbank ab. Die vZTAs sind zukünftig nicht nur für die Zollbehörden sondern auch für die Inhaber verbindlich und sind in den Zollanmeldungen

stets anzugeben. Bereits vor dem 1. Mai 2016 erteilte vZTAs bleiben für ihren festgelegten Gültigkeitszeitraum bestehen.

- Die für die Bestimmung des Nicht-präferenziellen Ursprungs von Waren verbindlichen Regelungen über die Be- und Verarbeitungsprozesse gelten nach dem UZK für mehr Warengruppen. Ferner gibt der UZK geänderte Bestimmungen über die Minimalbehandlungen und welche Waren als vollständig in einem Land gewonnen oder hergestellt gelten, vor. Im UZK neu aufgenommen werden die Regelungen zu den Lieferantenerklärungen für den Präferenziellen Ursprung. Nach dem UZK gelten Langzeit-Lieferantenerklärungen zukünftig zwei Jahre, eine Rückwirkung von einem Jahr ist möglich.
- Die Verantwortlichkeit der Wirtschaftsbeteiligten für die Einhaltung zollrechtlicher Verpflichtungen wird mit dem UZK verstärkt, so dass zukünftig eine erhöhte Eigenkontrolle der Wirtschaftsbeteiligten gefordert ist.
- Der UZK führt die Kommunikation zwischen den Zollbehörden und den Wirtschaftsbeteiligten im elektronischen Datenaustausch und die elektronische Datenspeicherung als Regelfall ein. Ergänzend zu dem bereits bestehenden IT-Verfahren „ATLAS“ für die elektronische Zollabfertigung werden bis zum 31.12.2020 weitere IT-Systeme zur Verfügung stehen. Bis dahin sollen Übergangsvorschriften gelten, um eine Kommunikation zwischen den Zollbehörden und Wirtschaftsbeteiligten zu gewährleisten.

II. Änderungen des Zolltarifs zum 1. Januar 2016

Die Kombinierte Nomenklatur (Anhang I zur Verordnung (EWG) Nr. 2658/87) wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2016 aktualisiert. Für 110 Waren wurden die autonomen Zölle ausgesetzt, für 41 Waren die bestehenden Zollaussetzungen aufgehoben und bei weiteren 45 Waren die Beschreibungen angepasst. Neue Zollaussetzungen wurden insbesondere für Aluminiumerzeugnisse, Lithium-Ionen-Akkus, Kameras, LCD- und OELD-Module, Palmöle und Erzeugnisse aus Keramik eingeführt. Neue Zollbefreiungen bestehen für viele organisch chemische Erzeugnisse, Erzeugnisse der chemischen Industrie und für Folien aus Kunststoff. Die Europäische Union hat zudem die bestehenden Zollkontingente überarbeitet.

10. Verfahrensrecht / AO / FGO

Keine aktuellen Hinweise.

11. Umwandlungssteuerrecht

Keine aktuellen Hinweise.